

Editorial: 60 Jahre RWI Essen

Symposium
„Politikberatung im 21. Jahrhundert“

Schmidt: Symposium markiert Neuanfang
Ashenfelter: Der Einfluss der Forschung
auf die Politik ist häufig kaum sichtbar
Blundell: Gute Politikberatung
braucht ein Team von Spezialisten
van den Berg: In 10 oder 20 Jahren sollten mehr
Wissenschaftler in den Ministerien sitzen
Bauer: Neuorganisation des RWI Essen erfüllt
Anforderungen moderner Politikberatung
Diskussion: Evaluationen spielen immer
größere Rolle in der Politikberatung

Festakt

Heinke: RWI Essen stellt sich den Herausforderungen
Auszüge aus der Festrede von
NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück

Nr. 3/2004



60 Jahre RWI Essen

Im Juli feierte das RWI sein gut 60-jähriges Bestehen mit Symposium und Festakt in der Essener Zeche Zollverein. Und wie es an einem solchen Tag üblich ist, wurde viel geredet über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Instituts. Zwei Anforderungen an unsere Arbeit sind mir dabei besonders im Gedächtnis geblieben. Zum einen natürlich die, gute wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Hierzu gilt es, vor allem drei Dinge unter Beweis zu stellen: die wissenschaftliche Qualität unserer Arbeit, die Kohärenz unseres Forschungsprogramms und unsere Bedeutung als unverzichtbares Element der deutschen Forschungslandschaft. In allen diesen Punkten ist unser Institut aus meiner Sicht gut für die Zukunft gerüstet.

Zum anderen ist noch einmal deutlich geworden, wie wichtig es ist, dass wir unsere Resultate geeignet für die Praxis übersetzen und kommunizieren. Denn nur so kann unsere Arbeit einen Beitrag zu einer verbesserten Lebenswirklichkeit der Menschen leisten. Hier werden wir auch in Zukunft versuchen, unsere Ansätze und Methoden so anspruchsvoll wie nötig, unsere Aufbereitung der wissenschaftlichen Strategien und der Ergebnisse so zielgruppengerecht wie möglich zu gestalten.

Jubiläen sind immer auch eine gute Gelegenheit, kurz innezuhalten und zurückzublicken. Nach zwei Jahren als Präsident des



RWI Essen bin ich dabei auf eine Sache besonders stolz – auf die tolle Mannschaft aus erfahrenen und neuen Kräften, die am Institut zusammenarbeitet. Mit diesem Team ist mir um die Zukunft des Instituts nicht bange.

Auch innerhalb der Region sind wir gut aufgestellt. Bestes Beispiel hierfür ist die *Ruhr Graduate School in Economics*. Gemeinsam mit den Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen startet das RWI Essen damit am 1. Oktober diesen Jahres eine strukturierte Doktorandenausbildung nach dem Vorbild angelsächsischer Exzellenzprogramme, maßgeblich gefördert von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und der Projekt Ruhr GmbH. Ich bin mir sicher, der ein oder andere Nachwuchswissenschaftler wird dabei mithelfen, dass das RWI Essen auch die nächsten 60 Jahre erfolgreich besteht.

Christoph M. Schmidt

Symposium „Politikberatung im 21. Jahrhundert“

Christoph M. Schmidt, RWI Essen: „Symposium markiert Neuanfang des RWI Essen“

RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt begrüßte die Anwesenden und betonte, dass mit dem Symposium zugleich die Arbeit des RWI Essen in seiner neuen,

flexibleren Organisationsstruktur beginnt. Das Symposium solle einerseits dazu dienen, die Zukunft der ökonomischen Politikberatung und die mit ihr verbundenen

Anforderungen zu erörtern. Andererseits wolle das RWI Essen seine Vision für die Zukunft des Instituts und seiner Forschung vorstellen.

Sehr erfreut zeigte sich Prof. Schmidt über die renommierten internationalen Wissen-

schaftler, die das Institut als Podiumsteilnehmer gewinnen konnte. Mit dem Vorsitzenden des RWI-Forschungsbeirats *David Card*, einen international führenden Arbeitsökonom und Ökonometriker, war zudem auch die Stelle des Moderators kompetent besetzt.

Orley Ashenfelter, Princeton University: „Der Einfluss der Forschung auf die Politik ist häufig kaum sichtbar“

Orley Ashenfelter ergründete in seinem Statement, welche Rolle die Wissenschaft zur Zeit in der Politik spielt. Hierbei ging es ihm insbesondere um drei Aspekte: Welche Art von Forschung beeinflusst die Politik? Was kann man von der Finanzierungsstruktur wissenschaftlicher Institutionen in den USA lernen? Wie ist feststellbar, ob Forschung wirklich einen Einfluss auf Politik hat?

Die Wissenschaft beeinflusst die Politik momentan aus Ashenfelters Sicht vor allem durch Evaluationen. Darüber hinaus bestünde in der Politik großes Interesse an Vorhersagen über zukünftige Entwicklungen. Bei der Datensammlung falle vor allem auf, dass häufiger als früher mit großen, zum Teil selbst erhobenen Datenmengen gearbeitet wird. Deshalb spielten Kooperationen und eine kollaborative Organisation der Forschung eine immer wichtigere Rolle. Forschungsinstitute unterstützen dies und seien damit essenziell für den wissenschaftlichen Fortschritt.

Eine der Herausforderungen bei der Evaluation politischer Maßnahmen ist es laut Ashenfelter, ursächliche Zusammenhänge nachzuweisen. Blindversuche und die Zuweisung nach Zufallsprinzip seien in der Ökonomie kaum möglich. Auch natürliche Experimente, wie beispielsweise die Studie von *Joshua Angrist* zum Effekt des Militärdienstes auf das Einkommen nach der Zeit beim Militär oder Experimente zum Effekt von Mindestlöhnen auf die Arbeitslosenquote, seien eher die Ausnahme. Am häufigsten würden ursächliche Beziehungen daher mit Hilfe nicht-experimenteller Stu-

dien ermittelt. Schwierig ist aus Sicht von Ashenfelter bereits der Nachweis, ob der Mitteleinsatz selbst zu einer tatsächlichen Maßnahme geführt hat. Führen Mindestlöhne wirklich zu einem Anstieg des Lohnniveaus? Landen erhöhte Investitionen in den Schulbereich wirklich in den Klassenräumen oder in der Bürokratie? Die Klärung dieser Frage steht noch vor einer Prüfung, ob z.B. das erhöhte Lohnniveau das Beschäftigungsvolumen beeinflusst.

Vielfältige Ausrichtung und Finanzierung von US-Forschungseinrichtungen

Das größte Problem ist nicht, ein großartiges Forschungsprogramm zu entwickeln, sondern es entsprechend zu vermarkten. Mit dieser Bemerkung startete Orley Ashenfelter seinen Exkurs zur Struktur von Forschungsinstitutionen in den USA. Ihre Finanzierung ist vielfältig, von rein privat, über privat/öffentlich hin zu rein öffentlich finanzierten Institutionen. Manche sind auf regionale Themen fokussiert, andere auf politische Einflussnahme oder angewandte Forschung.



Besonders im Bereich angewandte Forschung gestalten sich die öffentliche Finanzierung schwierig. Die Bundesstaaten seien an für sie nützlichen Erkenntnissen interessiert, nicht an Ergebnissen, die der Allgemeinheit dienen. Ein Institut mit regionalem Fokus habe wiederum Schwierigkeiten, gute Wissenschaftler an sich zu binden, weil diese ihre Arbeiten in einem internationalen Umfeld meist nur schwer platzieren könnten.

Einfluss der Wissenschaft ist begrenzt

Im letzten Teil seiner Ausführungen widmete sich Ashenfelter der Frage, wie sich der Einfluss wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Politik messen lässt. Dies sei schwierig, da es einerseits oft sehr lange dauere, bis sich Folgen von Maßnahmen

zeigten. Zum anderen gebe die Politik häufig nicht zu, dass ihre Entscheidungen durch wissenschaftliche Erkenntnisse beeinflusst worden sind.

Zur Person:

Orley Ashenfelter ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Princeton University, USA. Die von ihm entwickelten Methoden zur empirischen Überprüfung arbeitsökonomischer Modelle haben die Arbeitsmarktforschung revolutioniert. Seine Ansätze gelten in verschiedenen Teildisziplinen der Arbeitsökonomie als wegweisend, beispielsweise in der Erforschung der Auswirkungen gewerkschaftlicher Organisation auf das Lohn- und Beschäftigungsniveau sowie der Analyse von Arbeitsangebot und Humankapitalbildung. Als Direktor des Evaluationsbüros im US-Arbeitsministerium begründete Ashenfelter 1972 die mittlerweile separate Teildisziplin der quantitativen Evaluation sozialpolitischer Maßnahmen.

Richard Blundell, IFS und UCL London: „Gute Politikberatung braucht ein Team von Spezialisten“

Richard Blundell erklärte anhand seiner Erfahrungen vom Institute for Fiscal Studies (IFS) in London was ein gutes Forschungsinstitut ausmacht. Als Beispiel hierfür diene ihm eine Untersuchung des IFS zu Steuergutschriften, die eine Änderung der entsprechenden Regelungen zur Folge hatte.

Aus Sicht von Richard Blundell gibt es mehrere Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit politische Reformen von wissenschaftlicher Seite beeinflusst werden können. Zum einen eine „independence in mind“, ein weder politisch noch von Interessengruppen beeinflusstes Forschungsprogramm. Zum anderen eine gute Vorbereitung, um sofort auf politische Vorschläge reagieren und diese bewerten zu können. Hierzu sollten seiner Erfahrung nach sowohl Daten als auch ökonometrische Simulationen bereit gehalten werden. Wichtig ist laut Blundell zudem die Verbreitung der wissenschaftlichen Stellungnahme. Am IFS geschieht dies vor allem über die Homepage sowie drei Publikationenreihen: die „briefing notes“ (kurze Notizen,

öffentlich zugänglich), die „working papers“ (Vorstufen von wissenschaftlichen Artikeln) sowie ein „policy journal“.

Balance zwischen politischer und akademischer Expertise nötig

Wie Forschungsergebnisse politische Maßnahmen beeinflussen können, verdeutlichte Blundell mit der Arbeit des IFS zu so genannten „tax credits“ (Steuergutschriften) in Großbritannien. Idee der Politik war es, Alleinerziehenden mit Teilzeitjobs einen



wöchentlichen Lohnzuschlag zu zahlen und ihnen somit Anreize zur Arbeitsaufnahme zu geben.

Problem war, dass dieser geplante Bonus von der Politik nicht in Zusammenhang mit den Gegebenheiten des Wohlfahrtssystems betrachtet wurde. Das IFS bezog jedoch Steuer- und Wohlfahrtssystem in seine Einschätzung über die Wirksamkeit der Maßnahme ein. Es zeigte sich, dass sie wohl nur recht geringen Erfolg haben würde, da die Interaktion von Steuer- und Wohlfahrtssystem einen Großteil der Anreize wieder aufgezehrt hätte. Der finanzielle Bonus für Teilzeit arbeitende Alleinerziehende fiel im Verhältnis zu reinen Wohlfahrtsempfängern zu gering aus, um einen wirklichen Anreiz zu bieten.

Evaluation führte im Beispielfall zu transparenteren Maßnahmen

Reaktion der Politik waren die „new tax credits“. Sie enthielten eine Steuergutschrift für Arbeitende (unabhängig von Kinderzahl usw.) und eine Steuergutschrift

für Kinder (nicht arbeitsabhängig). Hierdurch wurden die Aspekte Zuschlag für Arbeitende und Umverteilung zu Gunsten von Kindern klar voneinander getrennt, das System wurde transparenter.

Wie Richard Blundell ausführte, zeigt dieses Beispiel, dass kompetente wissenschaftliche Politikberatung nur mit einem Team aus Kennern der Abläufe, Ökonometrikern und Evaluations-Spezialisten möglich ist. Ökonomische Modelle seien dabei elementar wichtig. Ebenso wichtig sei die Balance zwischen politischer und akademischer Expertise.

Zur Person:

Richard Blundell ist Professor am University College und Forschungsdirektor des Institute for Fiscal Studies in London. Er hat in zahlreichen renommierten Fachjournals publiziert, darunter Econometrica, American Economic Review und Journal of Econometrics. Seine Arbeiten behandeln unter anderem die Themen Mikroökonomie, Ersparnis und Verbrauch, Arbeitsangebot und Besteuerung sowie Konsumnachfrage. Richard Blundell ist zur Zeit Präsident der European Economic Association.

Gerard van den Berg, Freie Universität Amsterdam: „In 10 oder 20 Jahren sollten mehr Wissenschaftler in den Ministerien sitzen“

Gerard van den Berg berichtete in erster Linie von seiner Arbeit an der Evaluation von Arbeitsmarktpolitik in den Niederlanden. Er forderte mehr soziale Experimente in diesem Bereich und eine engere Vernetzung von Wissenschaft und Politik. Hierzu sollten Forscher langfristig daran arbeiten, stärker in Ministerien und verantwortlichen Organisationen tätig zu sein.

Zunächst ging Gerard van den Berg auf eine Untersuchung aus den Niederlanden zu Effekten von Monitoring und Sanktionen auf die Dauer der Arbeitslosigkeit ein. Es zeigte sich, dass nach Sanktionen (wie zeitweilig geringeren Zuschüssen, permanenter strenger Überwachung) doppelt so viele Arbeitsuchende aus der Arbeitslosig-

keit in Jobs zurückkehrten wie ohne diese Maßnahmen.

Ein gegenteiliges Ergebnis brachte ein soziales Experiment, das in den Niederlanden die Folgen intensiven Monitorings der Suchbemühungen der Arbeitslosen untersuchte: Die intensive Begleitung hatte keine Effekte auf die Dauer der Arbeitslosigkeit, allerdings verlagerten die Arbeitslosen ihre Suchbemühungen von informellen auf formelle Kanäle; sie schrieben Bewerbungen, statt sich lediglich bei Freunden umzuhören. Aufgrund dieser Ergebnisse wurde das geplante intensive Monitoring in den Niederlanden nicht eingeführt.







Soziale Experimente sollten häufiger für Evaluationen eingesetzt werden

In seinen generelleren Ausführungen bemängelte Gerard van den Berg, dass in Europa kaum soziale Experimente als Mittel zur Evaluation genutzt werden. Dies liege unter anderem daran, dass Ergebnisse solcher Experimente transparenter und damit schwieriger von Seiten der Politik anzuzweifeln seien. In Deutschland würden sich Experimente vor allem anbieten, um die Wirkung der Hartz-Reformen zu untersuchen.

Ein anderes Problem sei der Zugang zu Daten. So würden in den Niederlanden Daten bewusst verstümmelt, um keine Rückschlüsse auf Personen zuzulassen. Folge sei, dass niederländische Wissenschaftler meist mit Daten anderer Länder arbeiteten.

Langfristig mehr Wissenschaftler in die Ministerien

Bezüglich Wissenstransfer zwischen Politik und Wissenschaft unterschied van den Berg zwischen kurz- und langfristiger Perspektive. Kurzfristig bleibe meist nur der Kontakt über einzelne Projekte. Langfristig sei anzustreben, dass mehr Wissenschaftler direkt in Regierungen und einflussreichen Organisationen arbeiteten. Hier solle sich auch das RWI Essen bemühen, junge Forscher auszubilden, die in zehn oder zwanzig Jahren verantwortungsvolle Positionen in Ministerien übernehmen könnten.

Zur Person:

Gerard van den Berg ist Professor für Arbeitsmarkttheorie an der Freien Universität Amsterdam. Er ist Mitherausgeber des Economic Journal und hat unter anderem in Fachpublikationen wie Econometrica und Review of Economic Studies veröffentlicht.

Thomas Bauer, Ruhr-Universität Bochum und RWI Essen: „Neuorganisation des RWI Essen erfüllt Anforderungen moderner Politikberatung“

Thomas Bauer befasste sich in seinem Kurzvortrag mit Angebot, Nachfrage und Techniken der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland. Im zweiten Teil verdeutlichte er, wie die neue Struktur des RWI Essen den wechselnden Anforderungen Rechnung trägt und welche Schwerpunkte die wissenschaftliche Agenda des Instituts hat.

Im Markt für Politikberatung haben sich aus Sicht von Thomas Bauer Angebot und Nachfrage verändert. Von der Nachfrageseite her seien zunehmend „real time quantitative assessments“, also kurzfristige Einschätzungen, gewünscht. Das Angebot habe sich durch Einzelwissenschaftler,

Universitäten, „ad hoc“-Kommissionen und Unternehmensberatungen erhöht. Insgesamt sei das Angebot stärker als die Nachfrage gestiegen, dies führe zu mehr Wettbewerb.

Trotz Zeitdruck müssen Evaluationen sorgfältig vorbereitet werden

Auch die Technik der Politikberatung hat sich weiterentwickelt. Ursächliche Beziehungen könnten mittlerweile „nachgewiesen“ und einzelne Effekte besser isoliert werden. Um möglichst gute Ergebnisse zu

erreichen, müssten Wissenschaftler, Politiker und Administration jedoch bereits vor Implementierung einer Maßnahme zusammenkommen, um deren Evaluation sorgfältig vorzubereiten. Als Beispiele aus der aktuellen Arbeit des RWI Essen stellte Bauer die Evaluation von Arbeitsmarktmaßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie ein Konzept zur Evaluation der Hartz-Reform vor. Besondere Schwierigkeiten der Hartz-Evaluation seien der große Zeitdruck (Zwischen- bzw. Endbericht sollen Mitte 2005 bzw. 2006 vorliegen) sowie die simultane Veränderung mehrerer Faktoren (Rahmenbedingungen, Modifizierung alter, Einführung neuer Instrumente).

RWI Essen ist gut für die Zukunft gerüstet

Zum Schluss erläuterte Thomas Bauer die Position des RWI Essen in der deutschen Forschungslandschaft. Das Institut solle zu einem modernen Zentrum für wissenschaftliche Forschung mit Fokus auf evidenzbasierter Politikberatung werden. Die flexiblere neue Struktur des Instituts schaffe hierfür ein gutes intellektuelles Klima. Hinzu kämen die regelmäßige Weiterbil-

dung der Wissenschaftler sowie die Nachwuchsförderung durch die Ruhr Graduate School. Für Qualitätsmanagement sorgten neben der Publikation in referierten Fachzeitschriften der hochkarätig besetzte Forschungsbeirat sowie die Evaluation durch die Leibniz-Gemeinschaft.

Zur Person:

Thomas Bauer ist Professor für Empirische Wirtschaftsforschung an der Ruhr-Universität Bochum. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeit sind die Bereiche Migration, Bevölkerungsökonomie und angewandte Mikroökonomie. Er ist seit Februar 2004 im Vorstand des RWI. Dort betreut er bereichsübergreifend einzelne Forschungsprojekte und begleitet die Kooperation zwischen RWI Essen und Ruhr-Universität Bochum.



Diskussion:

Evaluationen spielen immer größere Rolle in der Politikberatung

Die anschließende Diskussion ließ deutlich werden, dass die Evaluationskultur in Deutschland sich langsam aber stetig weiterentwickelt. Evaluationsergebnisse werden nach Einschätzung der Wissenschaftler von Politikern mittlerweile wesentlich stärker anerkannt und akzeptiert. Gleichzeitig begrüßten die Forscher, dass beispielsweise die Weltbank mittlerweile ver-

langt, jeweils einen bestimmten Anteil der von ihr vergebenen Fördermittel zur Evaluation zu verwenden. Eine ähnliche Tendenz sei auch in der EU feststellbar. Wichtig sei jedoch, über bloße Vereinbarungen hinweg die Qualität der Evaluationsforschung zu überwachen und so einen effizienten Einsatz der Gelder sicherzustellen.

Festakt

Dr. Eberhard Heinke: „Das RWI stellt sich den Herausforderungen“

In seiner Rede zu Beginn des Festakts dankte Dr. Eberhard Heinke, Vorsitzender des

RWI-Verwaltungsrats, seinem Vorgänger Heinrich Frommknecht und RWI-Präsident

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt für ihr Engagement. Mit der neuen Organisationsstruktur und einem wissenschaftlich schlagkräftigen Team sei das Institut für die Zukunft gut aufgestellt, so Heinke optimistisch.

Dr. Eberhard Heinke, Vorsitzender des RWI-Verwaltungsrats, eröffnete mit seiner Begrüßungsrede den Festakt. Zunächst dankte er seinem Vorgänger Heinrich Frommknecht, der seit 1985 dem Verwaltungsrat angehörte und seit 1996 seinen Vorsitz führte. Seine Amtsführung sei durch hohe Professionalität und große Souveränität gekennzeichnet gewesen, so Heinke. In einer nicht immer einfachen Situation habe Frommknecht wichtige Weichenstellungen für eine erfolgreiche Zukunft des RWI Essen vorgenommen. Heinke begrüßte, dass der Verwaltungsrat Heinrich Frommknecht zum Ehrenmitglied gewählt hat. Auf diese Weise könne er die Arbeit des Instituts auch weiterhin aus nächster Nähe begleiten.

Lob für RWI-Präsident Schmidt

In seinen weiteren Ausführungen ging Dr. Eberhard Heinke auf den Wandlungsprozess in der wirtschaftspolitischen Beratung ein. Aus seiner Sicht sind demographischer Wandel und Globalisierung die bedeutendsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Durch seine Neujustierung und Neupositionierung seien die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das RWI Essen in der deutschen und europäischen For-

schungslandschaft und bei der wissenschaftlichen Beratung auch weiterhin eine führende Rolle einnehme.

Dr. Heinke, Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes e.V., begrüßte in diesem Zusammenhang die Wahl von Prof. Dr. Christoph M. Schmidt zum RWI-Präsidenten. Der erstklassige Ökonom und angewandte Ökonometriker führe das Institut seit Oktober 2002 mit großem Engagement und Sachverstand. Er habe mittlerweile aus erfahrenen Kräften des RWI Essen, jungen Führungskräften aus dem In- und Ausland und Nachwuchsforschern eine schlagkräftige Mannschaft geformt.

Auch die Initiative zur Gründung der *Ruhr Graduate School in Economics*, mit der die Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen gemeinsam mit dem RWI Essen wissenschaftlichen Nachwuchs fördern, sei wesentlich dem persönlichen Engagement von Professor Schmidt zu verdanken.



Auszüge aus der Festrede von NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück

[...] Umso herzlicher gratuliere ich zu diesem Geburtstag und füge hinzu: In der Tat, das Land ist stolz darauf, ein solches Juwel hier in Essen zu haben. Nicht jedes Bundesland hat ein solches wirtschaftswissenschaftliches Institut. Wir sind sehr froh, dass es das RWI hier in Essen, und damit in Nordrhein-Westfalen und für Nordrhein-Westfalen gibt.

[...] Sie haben sich hier einer Aufgabe verschrieben, die nicht leicht ist. Sie sollen solche Menschen wie mich beraten. [...] Sie fragen sich vermutlich an manchen Tagen: Hören diese Leute überhaupt hin, was wir sagen? Lesen die überhaupt nach, was wir schreiben? [...] Darum ist ja auch nicht ganz falsch, was gelegentlich gesagt wird: „Politiker nutzen Ökonomen so wie Be-

trunkene Laternen benutzen: Sie suchen keine Erleuchtung, sie suchen Halt.“

[...] Nach meiner Erfahrung leidet das Verhältnis zwischen wissenschaftlichen Beratern und Politikern unter einer wechselseitigen Unterschätzung: Politikberater – gleich welcher Profession – neigen dazu, ihre eigene Weisheit zu überschätzen und die spezifischen Wissensquellen und das stillschweigende Wissen der politischen Praktiker zu unterschätzen. Umgekehrt neigen die Praktiker dazu, die Leistungsfähigkeit wissenschaftlicher Analyse zu gering zu achten. Tatsächlich werden aber erst durch die Kombination beider Perspektiven Lernprozesse im politischen System ausgelöst und Wirkungen auf die reale Welt entfaltet.

[...] Ich möchte bei diesem Anlass dafür plädieren, dass wir uns wieder mehr auf jahrzehntelang bewährte wissenschaftliche Einrichtungen wie das RWI Essen besinnen, wenn wir Rat brauchen. Es ist zu bequem, vermutlich aber auf Dauer schlicht zu teuer, neu auftauchende Probleme bei den Rentenkassen, in der Krankenversicherung, bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe mit immer wieder neuen, ad hoc zusammen gerufenen Kommissionen zu bearbeiten. Mir scheint das auch deshalb fraglich, weil wir uns an vielen Stellen parallel eine dauerhafte Beratungsinfrastruktur leisten – z.B. mit wissenschaftlichen Beiräten in vielen Ministerien und den wissenschaftlichen Diensten in allen Parlamenten.

[...] Damit ihr Rat wieder mehr gehört wird, müssen natürlich auch die wissenschaftlichen Institute auf der Höhe der Zeit sein: Sie müssen organisatorisch, z.B. mit flexiblen Projektgruppen, schneller auf neu auftauchende Fragen antworten können, sie müssen offener sein für die zeitlich befristete Zusammenarbeit mit externen, auch mit internationalen Experten, und sie müssen wohl auch empirischer arbeiten.



Aber ich habe hier die mich beruhigende Wahrnehmung, dass die Institute, das RWI Essen zumal, fast alle auf dem Weg dahin sind.

[...] Wenn nun aber die Ideologie in der wirtschaftspolitischen Beratung als Mittel wegfällt, um Komplexität zu reduzieren, und wenn Empirie und Ökonometrie in der Arbeit der Institute und Räte immer wichtiger werden, was ich grundsätzlich begrüße, dann kommt es umso mehr auf eine gekonnte Kommunikation an, die Orientierung gibt und bei der Einordnung der Forschungsergebnisse hilft.

[...] Mein Appell deshalb: Bleiben Sie verständlich, schreiben Sie verständlich, stellen sie Ihren Veröffentlichungen zumindest verständliche Zusammenfassungen voran, in denen Sie die praktische Relevanz dessen herausstreichen, was untersucht wurde.

[...] Lassen Sie mich zusammenfassen: Wirtschaftstheorie ohne Empirie ist vielleicht elegant, aber letztlich bedeutungslos, und auch die gehaltvollste Empirie ist eine Verschwendung knapper Ressourcen, wenn sie nicht gehört und verstanden wird. Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung im 21. Jahrhundert steht nach meiner Einschätzung vor der schweren Aufgabe, drei Dinge in ein neues Gleichgewicht zu bringen: theoretische Analyse, empirische Relevanz und kommunikative Prägnanz.

[...] Ich wünsche mir, dass das RWI Essen die Verantwortlichen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung auch in Zukunft klug berät, hoffentlich sogar noch klüger und intensiver als in der Vergangenheit. Dazu braucht es neben dem fachlichen Handwerkszeug – das haben Sie ohnehin – Ideenreichtum, Kreativität und auch Mut, unbequeme Einsichten auszusprechen. Bei mir können Sie sicher sein: Sie werden als Überbringer auch unangenehmer Wahrheiten nie ein schnelles Pferd brauchen.

[...] Herr Professor Schmidt, Sie haben das RWI Essen nach der ersten Evaluationsrunde durch den Wissenschaftsrat auf einem „guten Mittelplatz mit Potenzial nach oben“ gesehen. Ich wünsche Ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass Sie genau dieses Potenzial nach oben in der zweiten Evaluationsrunde im kommenden Jahr realisieren. Und dann komme ich in zwei Jahren gern wieder zu Ihrem 80. Gründungsjubiläum, um als Ministerpräsident die Festrede zu halten. Glückauf!

Es ist geplant, die Beiträge zum Symposium „Politikberatung im 21. Jahrhundert“ in den RWI :Mitteilungen zu veröffentlichen. Die Reden während des Festaktes finden sich auf der Instituts-Homepage (www.rwi-essen.de) unter News“.

Fotos der Veranstaltung: Philipp Gallon.

RWI : News
Nr. 3/2004 (September 2004)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten
Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.
Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt
ISSN 1612-3581